



Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung... Sonntag, den 26. Juli 1920...

Interaktionspreis: Belle M. 5.— u. 70% Zuschlag... Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 360 • Ausgabe A Nr. 191 Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 360

Dienstag, 3. August 1920 49. Jahrgang

Die Richtlinien der deutschen Außenpolitik.

Die volkswirtschaftlichen Schäden der Finanzreform.

Eine Unterredung mit Dr. Simons. Die Beziehungen zu den Alliierten. — Deutschland und Italien. — Die russische Frage. — Die Ablieferung des Flugmaterials an die Entente. — Die Wiederannäherung der Vereinigten Staaten.

Von Dr. Max Jordan.

In seiner großen Reichstagsrede vom 26. Juli hat der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons die Prinzipien seiner außenpolitischen Orientierung mit seltener Offenheit und unter mühevoller Verzicht auf alle Doppelsinnigkeit und Verschleiierung dargelegt.

„Als ich mein Amt antrat, fand ich eine ziemlich verworrene Situation. Den Versailles Vertrag hatte man unterzeichnet. Deutschland hatte auch schon ungeheure Leistungen an die Alliierten bewirkt; aber dennoch war die Ausführung des Vertrages so widerwillig, daß fortwährend Reibungen mit den alliierten Vertretern entstanden. Hier mußte Klarheit geschaffen werden. Das ging nur auf dem Boden rückhaltloser Anerkennung des Versailles Vertrages, als der Grundlage unserer auswärtigen Politik. Dieses Programm, das vom Reichstag in seiner ersten Rede verstanden wurde, habe ich auch in Spanien mit aller Deutlichkeit zur Geltung gebracht. Es war offenbar eine Liebererfahrung für die leitenden Staatsmänner der Entente, in deren Ländern die alten Vorurteile von der Böswilligkeit Deutschlands so tief wurzeln. Soviel an mir lag, ist geschehen, um hier neuen Tisch zu schaffen. Es wäre völlig irrig, zu glauben, daß nun hierdurch die Einigkeit in der Haltung der Alliierten beeinträchtigt wäre. Sobald es sich um die Durchführung des Friedens gegenüber Deutschland handelt, werden die Alliierten einig bleiben. Das gilt auch für Italien. Italien braucht Kohlen wie Frankreich, und auch Italien hat durch den Mund seines Vertreters sein Einverständnis mit der Drohung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ausgesprochen. Aber ich habe begründete Hoffnung, daß die Wiederannäherung wirtschaftlicher Beziehungen mit Italien rascher und reibungsloser erfolgen wird, als mit England oder gar Frankreich. Auch die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete wird in Paris, wie ich auf der Grundlage von internationalen Syndikaten gemeinschaftlichen Charakters, leichter zu lösen sein, als in Nordamerika. In Paris kann man unseren, von rein sachlichen Interessen getriebenen, Vorschlag mit Entsetzen zurückgewiesen, weil man glaubte, wir beabsichtigten eine deutsche Siedlung in Nordamerika zu errichten! Ebenbar legt man in Paris größeren Wert auf die Konventionen über Naturschutz als für Deutschland, als auf die Wiedereingliederung und den Aufbau der zerstörten Gebiete.

Eine Spezialfrage ist die der Freigabe des deutschen Eigentums in Italien. Wir hatten gehofft, durch Vereinbarung einer Pauschalentschädigung alles deutsche Gut und nur der Liquidation wertlos zu können; das wird sich leider nicht verwirklichen lassen. Doch möchte die italienische Regierung immerhin so weit entgegenkommen zu wollen, als es ihr die Verträge mit den Alliierten gestatten. Ein Indemnis für vertrauensvolle Beziehungen könnte sich nur ergeben, wenn es durch die italienische Regierung diejenige Behandlung erfährt, deren es zur Erhaltung seiner Eigenart bedarf. Es ist aber zu hoffen, daß die italienische Regierung, ihrer alten Tradition getreu, die unverwundbaren Rechte ihres Volkstammes auf Bewahrung seiner Eigenart anerkennt.

Ich hat Dr. Simons, seine Auffassung über die nächste Entwicklung der Dinge in Russland dargelegt und spielte auf seine im Reichstag gemachten Mitteilungen über die zunehmende wirtschaftliche Konsolidierung der Sowjetrepublik mit der Frage an, welche Unterlagen seine optimistische Auffassung rechtfertigen.

„Sie wissen“, erwiderte der Minister, „daß wir die Regierung der russischen Republik seit dem Frieden von Brest-Litowsk offiziell anerkannt haben, und lediglich die Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau, Mirbach, zum vorübergehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt hat. Ich habe ja auch im Reichstag bereits darauf hingewiesen, Russland unterhält bekanntlich eine offizielle Vertretung in Berlin. Gleiches sind unsere in Russland weilenden Vertreter nicht mit offiziellen Missionen betraut. Herr Wigdor Ropp in Berlin, mit dem ich mich kürzlich unterhalten habe, bestimmt sich im besondern um die Fürtage für die russischen Kriegsgesandten in Deutschland. Als er mit mir auch Verhandlungen handelspolitischer Natur einleitete, wußte ich ihm die Legitimation bestreiten, worauf der Volkskommissar Wirtschaftlicher Angelegenheiten durch Frankfurth zur wirtschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung ermächtigt. Die Verhandlungen über die von Russland wegen Wirtschaftsgewinnung zu leistende Genehmigung sind im Gange; aber ihre voranschreitende Erreichung vermag ich mich nicht zu sagen. Jedemfalls aber halte ich den Gedankensatz der Neutralität im russisch-polnischen Krieg mit aller Energie aufrecht. Es wäre möglich, daß diese Entschlossenheit zu Koalitionen mit der Entente führe, wenn sie

was ich aber keineswegs annehme. Deutschland als Aufmarschgebiet gegen die russische Front verwenden sollte. Gegen alle derartigen Veruche würden wir uns mit Entschiedenheit zu wehren haben. Die ersten Projektiongebungen der deutschen Arbeiterschaft anlässlich der Entdeckung alliiertier Munitionstransporte auf deutschen Gebiete haben zur Genüge erwiesen, daß eine Vertagung der deutschen Neutralität des Bürgerkrieges zur unmittelbaren Folge haben würde. Solchen Gefahren dürfen wir uns unter keinen Umständen aussetzen. Ich habe veranlaßt, daß der russischen und der polnischen Seereisleitung vorgeschlagen wird, am äußersten nördlichen Flügel ihrer Fronten, also an den Stellen, wo die deutsche Grenze am ehesten durchdringt, deutsche Verbindungsstellen zu stationieren, um etwaige Grenz-zwischenfälle umgehend durch Vermittlung des Wehrkreiskommandos in Königsberg regeln zu können und so den Umweg über Warschau oder Moskau und Berlin zu vermeiden. Eine Antwort ist bis jetzt noch nicht eingegangen. Immer in strenger Beobachtung des Neutralitätsprinzips habe ich des weiteren Maßnahmen getroffen, um dem russischen und dem polnischen Heere Mittel zur Seuchenbekämpfung zur Verfügung zu stellen, im Hinblick besonders darauf, daß der Flecktyphus in Russland und Polen heftig wütet und damit auch Deutschland von der Einschleppungsgefahr bedroht ist. Die Ausführung dieses Planes führt allerdings noch auf gewisse Schwierigkeiten. Der Transport der Medikamente an Ort und Stelle würde zweckmäßigerweise durch Flugzeuge erfolgen. Nun hat aber die Entente uns Nachsichtigkeit und Vergebung bei der Ablieferung des Flugmaterials zum Vorwurf gemacht. Nach dem Friedensvertrag soll uns die Fabrikation und Ausfuhr von Flugzeugen sechs Monate nach Friedensschluss wieder gestattet sein. Diesen Termin wollen die Alliierten nun, gewissermaßen zur Strafe für die verzögerte Ablieferung des Flugmaterials, hinausschieben. Der Transport von Hilfsmitteln nach Russland auf Flugzeugen wäre dann auch nur mit Genehmigung der Entente möglich, während wir als neutrale Macht selbstverständlich nicht Polen allein schifflich sein können. Ich habe die Interzeption eines Protokolls, das diese neue Vergeltungsmaßregel verbindend fixierte, noch knapp vor der Abreise in Spaa vorgezogen; nun schweben Verhandlungen, um eine Regelung dieser Angelegenheit zu erzielen, die auch unseren Interessen entspricht.

Meine Mitteilungen im Reichstags über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Russlands sind in der Presse vielfach mißverstanden worden. Die Berichte, die mir vorliegen, stammen von einer unbedingt vertrauenswürdig, in technischen Dingen sachkundigen und dank ihrer unmittelbaren Beteiligung an den in Frage stehenden Rekonstruktionsarbeiten vortugswürdigen beruflichen Persönlichkeiten. Man war bisher gewöhnt, die gegenwärtigen Nachhabe in Russland lediglich als verbrecherische Menschen zu stigmatisieren und danach die internationalen Beziehungen mit dem russischen Volke, das durch sie vertreten wird, zu regeln. Dieser Zustand war aber die Dauer unhaltbar. Es kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß man in Russland positiv aufbauende Arbeit zu leisten gewillt ist und auf manchen Gebieten schon praktische Erfolge erzielt hat. Zweifellos machen sich an den maßgebenden Stellen in Moskau gegenwärtig ernst zu nehmende Strömungen geltend, die die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Westeuropa erstreben. Am augenblicklich ist die Partei derer die Oberhand zu haben, die vor allem mit England eine Einigung erstreben.

„Ich die Dauer wird man aber trotz Artikel 17 des Versailles Vertrages die Fragen des Friedens nicht ohne Zuziehung Deutschlands regeln können. Wer diese Notwendigkeit erkennt, wird den tieferen Sinn der Ausführungen im Reichstag verstehen.“

„Zum Schluß hat die Minister, über die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten noch einige Worte zu sagen. „Wir haben“, war die Antwort, „den Versailles Vertrag als rechtsgültig anerkannt, obgleich Americas Ratifikation heute noch aussteht. Vor April nächsten Jahres wird, im Hinblick auf die Wirtschaftsmoß, die Erfüllung dieser letzten Formalität auch nicht zu erwarten sein. Solange bleibt ein unliebsamer Zwittter zu stand bestehen. Amerikanische Handelskreise erstreben die Wiederherstellung intensiver wirtschaftlicher Beziehungen. Wir aber müssen Wert darauf legen, daß der Kriegszustand für beendet erklärt wird, bevor wir uns an irgendwelche offizielle Verhandlungen einlassen.“ Darüber habe ich auch den offiziellen Vertreter der amerikanischen Regierung in Berlin, den ich vorläufig nur als Privatperson betrachten kann, nicht im klaren gelassen. Wir wünschen, bald wieder ein freundschaftliches Verhältnis zum amerikanischen Volke hergestellt zu sehen. Dies ist aber nur möglich, wenn normale Rechtsbeziehungen hergestellt sind.“

„Nicht eine Rede- oder Gefühlspolitik ist es“, so schloß der Minister, „die das deutsche Volk der Gehnand entgegenzusetzen kann, sondern einzig und allein die Politik des Rechts. Ausschließlich Erwägungen der Rechtsmäßigkeit und Gerechtigkeit sind mir maßgebend bei der Leitung der auswärtigen Politik des Reiches. Offen und rüchaltlos gedulde ich auch fernestehende meine Anschauungen zu vertreten, denn auf diesem Wege nur, glaube ich, werden wir die gewaltigen Aufgaben der Liquidation des Weltkrieges lösen. Deutschland und Europa wiederaufbauen können.“

Von Georg Cothain, Mitglied des Reichstags.

Fast noch stärker ist die kapitalzerstörende Wirkung der Erbschaftsteuer. Selbst beim Gatten- oder Kindeserbe steigt sie — selbst wenn diese vermögenslos sind — bis auf 35 Prozent, wobei vorweg bis 5 Prozent als Nachlasssteuer abgezogen werden. Haben aber diese Erben bereits selbständiges Vermögen, so steigt die Erbschaftsteuer bis auf das Doppelte, also einschließlich der Nachlasssteuer bis auf 75 Prozent!

Stirbt in dem vorgenannten Falle der Unternehmer und hinterläßt eine Witwe und einen Sohn, die beide schon über ein eigenes Vermögen von je einer Million verfügen, so beträgt Nachlass- und Erbschaftsteuer für das dem 30fachen Millionär verbliebene Restvermögen von 10250000 Mark rund 7650000 Mark! Stirbt bald darauf die Witwe, die mit ihrem ursprünglichen eigenen Vermögen nach Vererbung ihres Gatten 2,5 Millionen Mark hinterläßt, so gehen davon wieder 1,5—1,7 Millionen an Steuern ab. Dem Sohn und Erben des Unternehmers und „Reiservermögens“ verbleiben nach dem Tode beider Eltern zugänglich seines eigenen Vermögens rund 3,5 Millionen Mark. Wie soll er damit das Geschäft, das mindestens 60 Millionen Papiermark Betriebskapital erfordert, betreiben? Daß er das Fehlende durch Kredit beschaffen kann, ist völlig ausgeschlossen. Die Banken sind durch die Wegföhrung des Vermögens gezwungen, ihre Kreditgewährung weitgehend einzuschränken.

bleibt die Umwandlung in eine Gesellschaft. Dabei erwachen zunächst ungeheure Stempel- und sonstige Kosten, die ungefähr 10 Prozent des eingebrachten Kapitals ausmachen. Sodann aber wird das Unternehmen noch der Körperschaftsteuer unterworfen, so daß dasselbe Geschäftsergebnis noch einer bis 10 Prozent seines Betrages höheren Belastung unterliegt, wenn es aus Gesellschaftsform, als wenn es aus Privatbetrieb stammt. Steigt doch dessen Steuerbelastung bis zu 70,7 Prozent. Man geht daher schon vielfach dazu über, aus Gesellschaften wieder Privatbetriebe zu machen.

Bei der Kumulierung so vieler Steuern, die doch alle dasselbe Objekt treffen, muß die eine Steuer die andere um ihren Betrag bringen. Das Kapital, das durch Zuwachssteuer, Reichsnotopfer, Erbschaftsteuer weggesteuert ist, bringt kein Einkommen, also auch keine Einkommen- und keine Kapitalertragssteuer mehr. Deshalb habe ich seinerzeit mit vollem Recht die Ertragsberechnung der Einkommensteuer als Milch und Honigrechnung bezeichnet. Haben die Vermögen im nächsten Erbgang ihre Besitzer gewechselt, so gibt es überhaupt keine großen Vermögen mehr, also auch kein Einkommen daraus, das besteuert werden könnte. Es ist aber auch gar nicht mehr möglich, auf ehelichem Wege neue große Vermögen zu bilden, denn die Einkommensteuern schieben das durch ihre raspe und exorbitante Staffelung aus. Einem Ingenieur wurde vor einigen Wochen in Deutschland eine leitende Stellung mit 500000 Mark Jahreseinkommen angeboten; er zog aber eine solche in der Schweiz mit nur 40000 Franken vor; das waren nach dem damaligen Kurs 33000 Franken weniger, als ihm deutscherseits geboten worden war. Die Differenz wurde durch die steuerliche Mehrbelastung mehr wie ausgeglichen. Wer zudem für den Fall seines Todes ins Ausland zu gehen.

Deutschland verdankt seinen großen wirtschaftlichen Aufstieg neben der Tüchtigkeit seiner Arbeiter vor allem der Intelligenz, der wissenschaftlichen Durchbildung seiner Ingenieure und Chemiker, der Sprachkenntnis, der Anpassungsfähigkeit und den organisatorischen Fähigkeiten seiner Kaufleute. Die großen Erfindungen auf dem Gebiet der Chemie, der Elektrotechnik, des Instrumenten- und Maschinenbaus sind für unsere Zahlungsbilanz und damit für unseren Volkswohlstand von entscheidender Bedeutung gewesen. Wenn wir es aber in Zukunft noch einfallen, eine große Erfindung hier zur Ausführung zu bringen, wenn ihm der Ertrag seiner jahrzehntelangen Arbeit weggesteuert wird, wenn er nicht die Möglichkeit hat, seine Frau und Kinder sicherzustellen! Er geht ins Ausland, wo er sich eine Position schaffen, ein Vermögen erwerben kann. Damit geht aber auch unseren Arbeitern die Beschäftigung verloren.

Vergleiche Nr. 357 des Berliner Tageblatts.